

16.11.2006 | Arzneimittelversorgung

Regierung sieht Ausgabenanstieg für Medikamente als gebremst an

Das zum 1. Mai 2006 in Kraft getretene Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz (AVWG) hat nach Darstellung der Bundesregierung den Ausgabenanstieg für Medikamente gestoppt. Das Gesetz "ist erfolgreich und entlastet die gesetzliche Krankenversicherung nachhaltig", betont die Regierung in ihrer Antwort (16/3248) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (16/3065).

Die Regierung verweist auf Hochrechnungen der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA), wonach bis zum Jahresende mit einem Rückgang der Arzneimittelausgaben im Vergleich zum Jahr 2005 zu rechnen ist. Allein die Preise für so genannte Festbetragsarzneien seien in diesem Jahr um rund acht Prozent gesunken. Als Festbetrag wird die Höchstgrenze bezeichnet, bis zu der gesetzliche Kassen bestimmte Medikamente und Hilfsmittel bezahlen.

Weiter heißt es, von der Möglichkeit der Zuzahlungsbefreiung für preiswerte Festbetragsmedikamente - zurzeit 2.500 Arzneimittel - profitierten Krankenkassen und Versicherte. Der zehnpromtente Herstellerabschlag für patentfreie Arzneimittel mit gleichen Inhaltsstoffen, die von mehreren Unternehmen angeboten werden (so genannte Generika) habe die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) von April bis September 2006 um 243 Millionen Euro entlastet, führt die Regierung unter Berufung auf Angaben des Verbandes Pro Generika weiter aus.

Der Herstellerabschlag werde im Jahr 2006 insgesamt rund 365 Millionen Euro erreichen. Darüber hinaus habe die Festbetragsfestsetzung zum 1. Juli laut Bundesverband der Betriebskrankenkassen die GKV in den beiden ersten Monaten ihrer Geltung rechnerisch 60 Millionen Euro an Kosten erspart, heißt es in der Antwort. Insgesamt hätten die Regelungen des AVWG zu einer "deutlichen Belebung des Preiswettbewerbs" beigetragen.